



Geschenke

Das Jahr geht seinem Ende entgegen. Hier sind die letzten Empfehlungen des jW-Shops für 2017. Ganz vorne: Die DVD mit dem Konzert des uruguayischen Liedermachers Daniel Viglietti und des Schauspielers Rolf Becker zum 70. jW-Geburtstag am 25. Februar in Berlin

16 SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 17. NOVEMBER 2017 · NR. 267 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Laut gebellt

Das EU-Parlament kritisiert die Gefährdung des Rechtsstaats in Polen. Von Reinhard Lauterbach

3

Licht aus

Der Leuchtmittelproduzent Ledvance schließt Werke in Augsburg und Berlin. Von Simon Zeise

5

Film ab

Gute Zahlen, tolle Pläne und immer wieder Fahnder im Haus: VW bleibt im Behördenvisier

9

Laut gebrüllt

Der »Krieg« des Stephen Bannon für einen Rechtsruck in den USA. Von Knut Mellenthin

12

Mordverdacht abgebügelt

Feuertod von Oury Jalloh: Justiz auf Landes- und Bundesebene will nicht gegen Dessauer Polizisten ermitteln. Von Susan Bonath

Nachdem *junge Welt* in der Montagsausgabe zuerst über neue Entwicklungen im Fall Oury Jalloh berichtet hatte, griffen am Donnerstag auch das ARD-Magazin »Monitor« und im Zuge dessen fast alle großen Medien der Republik das Thema auf. Die Staatsanwaltschaft Halle hatte die Ermittlungen zum Feuertod des Asylbewerbers im Dessauer Polizeirevier am 12. Oktober eingestellt, obwohl sich kurz zuvor ein dringender Mordverdacht gegen Polizisten ergeben hatte.

Denn acht Gutachter – Mediziner, Chemiker und Toxikologen – waren zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen: Das 36jährige Opfer sei tot oder mindestens handlungsunfähig gewesen, als am 7. Januar 2005 das Feuer in seiner Arrestzelle ausbrach. Ohne eine geringe Menge Brandbeschleuniger sei das Ausmaß des Feuers nicht erklärbar. Und: Das von der Polizei präsentierte Feuerzeug, mit dem Jalloh sich selbst angezündet haben soll, war wahrscheinlich nie in der Zelle, da entsprechende Spuren an ihm fehlen.

Die Experten hatten die Ergebnisse eines Brandversuchs vom August 2016 im geheimen ausgewertet. Ein Jahr später, Mitte August 2017, fand ein Journalist der *Freien Presse* heraus, dass Sachsen-Anhalts Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad die Ermittlungen bereits im Juni aus Dessau abgezogen und nach Halle übertragen hatte. Zu *jW* sagte Konrads Sprecher Klaus Tewes damals, die Behörde solle nun unabhängig prüfen. Am 12. Oktober sorgte dann die Leitende Oberstaatsanwältin aus Halle, Heike Geyer, für Entrüstung: Sie stellte das Verfahren ein, weil sie »keine tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Beteiligung Dritter« gefunden haben will. Wie die Anwältinnen der Hinterbliebenen, Gabriele Heinecke und



Mouctar Bah von der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh während der Brandanalyse im August 2016

Beate Böhler, gegenüber *jW* angaben, hatte die Staatsanwaltschaft Halle dies bereits am 30. August in einer Begründung festgehalten.

Was tatsächlich passierte, kam vergangene Woche ans Tageslicht. Nach fast zwei Jahren des Schweigens folgten die Ermittler dem Antrag der Anwältinnen und übermittelten ihnen auch die Akten zur Einsicht, die in der Zwischenzeit bis heute angefallen waren. Aus ihnen geht hervor: Nach einer Zusammenkunft mit den Experten hatte sich die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau im April an den Generalbundesanwalt in Karlsruhe gewandt. In ihrem Hilfesuch begründete sie nicht nur einen dringenden Mordverdacht, sondern

nannte auch konkret tatverdächtige Polizeibeamte. In den Akten, die den Anwältinnen nun vorliegen, sind deren Namen jedoch geschwärzt. Karlsruhe aber wollte keinen Anfangsverdacht erkennen. Im Mai hatte die oberste Ermittlungsbehörde die Unterlagen nach Sachsen-Anhalt zurückgeschickt.

»Wir mussten dann handeln«, erklärte dazu Generalstaatsanwalt Konrad am Freitag im Magdeburger Landtag. Dort musste er auf Druck der Linksfraktion dem Rechtsausschuss Rede und Antwort stehen. »Die Polizei in Dessau hätte sonst gegen sich selbst ermitteln müssen«, so Konrad. Er habe sich mit Oberstaatsanwältin Geyer aus Halle beraten. »Der Vorschlag, das Verfahren zu

übernehmen, kam von mir«, betonte sie im Ausschuss. Zwei Kollegen Geyers hätten dann binnen zehn Wochen sechs Umzugskartons voller Dokumenten gesichtet. Ihr Fazit: »Da kann man nichts mehr machen«, so Geyer.

Die Linke-Abgeordnete Henriette Quade forderte daraufhin Akteneinsicht. Das aber lehnte die Regierungskoalition aus CDU, SPD und Grünen gemeinsam mit der AfD ab. Gegenüber »Monitor« sprach Quade von einer »politischen Blockadehaltung«. Der Fall müsse unabhängig untersucht werden. Anwältin Heinecke hat Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens eingelegt und will angesichts der neuen Erkenntnisse Strafanzeige erstatten.

»Schwampel«-Koalition nimmt Gestalt an

Autokonzern Daimler hat keine Vorbehalte, Partner bekennen sich zu Militärmissionen

In Berlin haben am Donnerstag erneut die Verhandlungsführer von CDU, CSU, FDP und Grünen über eine mögliche Koalition im Bund beraten. »Eine schwierige Geburt. Das kann aber trotzdem ein schönes Kind werden«, sagte der bisherige Entwicklungsminister und CSU-Unterhändler Gerd Müller am Donnerstag vor Beginn der großen Verhandlungsrunde für eine »Jamaika«- oder auch »Schwampel«-Koalition. Gegen eine solche »Schwarze Ampel« bestehen laut Nachrichten-

agentur *Reuters* jedenfalls beim deutschen Autokonzern Daimler »keine Vorbehalte«. Die Frage, ob ein derartiges Regierungsbündnis funktionieren könnte, beantwortete Daimler-Chef Dieter Zetsche demnach am Donnerstag beim »Wirtschaftsgipfel« der *Süddeutschen Zeitung* mit einem »Natürlich«. Nach seinen Erfahrungen mit der von den Grünen geführten Landesregierung Baden-Württembergs sei er überzeugt, dass mit dieser Partei auch auf Bundesebene eine Zusammenarbeit möglich sei. Ver-

ständig haben sich Union, FDP und Grüne offenbar schon auf eine schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags. In dem Verhandlungspapier für die finale Sondierungsrunde, das am Donnerstag der Nachrichtenagentur *AFP* vorlag, hieß es, zunächst sollten alle Einkommen bis zu einer bestimmten Höhe »mit einem entsprechenden Freibetrag vom Solidaritätszuschlag« freigestellt werden.

Außerdem wollten die Koalitionspartner in spe die Aufklärungsflüge der Bundeswehr über Syrien beenden.

Angestrebt werde eine Überarbeitung des betreffenden Mandats, die »Aufklärungsflüge auf den Irak beschränken soll«, hieß es laut *AFP* in dem Verhandlungspapier. Darin bekennen sich Union, FDP und Grüne auch zur Fortsetzung der deutschen Beteiligung an dem internationalen »Blauhelmeinsatz« Minusma sowie an der Europäischen Ausbildungsmission (EUTM) in Mali. Nicht erwähnt wurde allerdings der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

(AFP/Reuters/jW)

Opposition in Simbabwe fordert Neuwahl



Harare. Nach dem Militärputsch in Simbabwe hat Oppositionsführer Morgan Tsvangirai (Foto) den Rücktritt von Präsident Robert Mugabe und Neuwahlen gefordert. Es müsse einen »Übergangsmechanismus« geben, der den Weg zu einer »freien, fairen und glaubwürdigen Wahl« ebne, sagte er am Donnerstag in Harare. Die Machtübernahme des Militärs verurteilte Tsvangirai nicht. Die Streitkräfte äußerten sich am Donnerstag zunächst nicht zum weiteren Vorgehen. Aus dem Umfeld des Präsidenten hieß es am Donnerstag, Mugabe bestehe darauf, seine Amtszeit zu vollenden. Geheimdienstkreise ließen verlauten, auch eine Vermittlung durch einen katholischen Geistlichen in dem Konflikt werde von Mugabe abgelehnt.

(dpa/Reuters/jW)

Siemens vernichtet fast 7.000 Arbeitsplätze

München. Siemens plant einen weiteren Stellenkahltschlag: Demnach sollen in der Kraftwerks- und in der Antriebssparte weltweit rund 6.900 Jobs vernichtet werden, davon etwa die Hälfte in Deutschland. Unter anderen sollen zwei Werke im strukturschwachen Osten Deutschlands (Görlitz und Leipzig) mit zusammen 920 Arbeitsplätzen geschlossen werden, teilte das Unternehmen am Donnerstag in München mit.

Schon vor Bekanntgabe der Kürzungspläne hatte die Siemens-Führung auch betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen. Die IG Metall sieht darin einen Bruch der beim Industrieriesen geltenden Vereinbarung zur Standort- und Beschäftigungssicherung. Sie hat deshalb Widerstand gegen die Pläne angekündigt.

(dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.079 Genossinnen und Genossen (Stand 6.11.2017)
www.jungewelt.de/lpg

